

Ohne Chance am Arbeitsmarkt

Neue Hilfskonzepte für Langzeitarbeitslose gefordert

Für neue Konzepte und Gesetze zur Förderung von Langzeitarbeitslosen plädiert der Münchner Wirtschaftsreferent Reinhard Wieczorek. In einer Antwort auf eine Stadtratsanfrage der CSU weist er darauf hin, dass das Sozialgesetzbuch II „bekanntlich keine Möglichkeit zur dauerhaften Förderung von faktisch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr integrierbaren Personen“ vorsieht, dass jedoch „ein Teil des Klientels der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung, zum Beispiel psychisch Kranke, trotz attestierter Erwerbsfähigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht die geringste Chance“ habe.

Der Stadtrat hatte am 11. Juli die Fortsetzung seiner aktiven Beschäftigungspolitik beschlossen und damit 34 Integrationsprojekten das Überleben gesichert. **Mit knapp acht Millionen Euro werden im Jahr 2006 Initiativen wie das „Netzwerk Geburt und Familie“, die „Dynamo“-Fahrradwerkstatt oder der „FTZ-Büroservice“ gefördert.** In ihnen beschäftigt werden Alleinerziehende, gering Qualifizierte, ältere Arbeitssuchende, sozial Benachteiligte, Migranten und ausbildungsferne Jugendliche in Form von Ein-Euro-Jobs. Die acht Millionen Euro sind laut SPD-Sprecher Michael Waldbaur Bestandteil der bereits 2005 per Rahmenbeschluss bereitgestellten 25 Millionen Euro für 2005 und 2006. Mit dem Geld sichert der Stadtrat Projekte des zweiten Arbeitsmarkts, die seit der Hartz-IV-Gesetzgebung nicht mehr von anderen Seiten finanziert werden. Die Projekte „zu erhalten, ist günstiger, als sie erst abzuwickeln und hinterher wieder teuer aufzubauen“, sagte SPD-Fraktionschef Helmut Schmid anlässlich des Stadtratsbeschlusses.

Die CSU hatte diesen Beschluss weitgehend nicht unterstützt. In seiner Anfrage wollte Stadtrat Vinzenz Zöttl (CSU) wissen, nach welchen Kriterien die Teilnehmer für die Projekte ausgesucht würden, ob sie danach noch begleitet oder in andere Projekte übergeleitet werden. Wieczorek weist darauf hin, dass dabei Eignung, individuelle Lebenssituation, die voraussichtliche Dauer der Hilfebedürftigkeit und die Dauerhaftigkeit der Eingliederung berücksichtigt würden. Vorrangig seien Maßnahmen, die es den Betroffenen ermöglichen, unmittelbar einen regulären Job zu finden. Eine Arbeitsgelegenheit komme ohnehin nur in Frage, wenn eine Direktvermittlung oder Qualifizierung nicht zielführend seien. 96 Prozent der Teilnehmer sind seit mehr als zwölf Monaten arbeitslos. Nachbetreuung böten die Sozialbürgerhäuser auch an, wenn jemand nach dem Projekt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnte. Acht Prozent der Teilnehmer schlossen eine Fort- oder Ausbildung an. Auch eine Übernahme in andere Ein-Euro-Jobs sei möglich, schreibt Wieczorek, allerdings für insgesamt maximal 18 Monate.

Doris Näger